

**Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am**  
**28.09.2010**

---

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 16:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann  
Frau Elke Grünewald  
Frau Alexandra Heckeroth  
Herr Marcus Kleinkes  
Herr Andreas Rüter, Vorsitzender

SPD

Herr Gerd Kranzmann, stellv. Vorsitzender  
Herr Lars Nockemann  
Herr Frederik Suchla  
Frau Frauke Viehmeister  
Herr Thomas Wandersleb

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ingetraud Schulze

BfB

Herr Gerd-Peter Grün

FDP

Frau Ursula Burkert

Die Linke

Herr Onur Ocak

Beratende Mitglieder

Frau Cemile Acar-Gökce  
Frau Anne Röder  
Herr Ulrich Zimmer

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Heidemarie Schmidt

Beratende Mitglieder

Herr Peter Edinger  
Herr Günter Kunert  
Frau Alena Scholz

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Frau Fortmeier

Frau Kronsbein

Herr Günther

Herr G. Müller

Herr P.-M. Müller

Herr Bockermann

Frau Feldmann (Schriftführerin Sport)

Herr Stein (Geschäftsführer / Schriftführer Schule)

Herr Dr. Stölnner (zu TOP 3.5)

Herr Epp (zu TOP 3.7 und 3.8)

Frau Berkemeier (zu TOP 3.7 und 3.8)

Frau Grewe (zu TOP 3.10)

Vom Schulamt für die Stadt Bielefeld (zu TOP 3.3.1 und 3.5)

Frau Schattmann

Von der Hamfeldschule (zu TOP 3.8)

Frau Bernd-Schmidt

Vom Evangelischen Gemeindedienst (zu TOP 3.8)

Frau Haffert

Entschuldigt fehlt

Frau Seils

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Vorsitzender Rüter die Beschlussfähigkeit und die form- und fristgerecht erfolgte Einladung fest.

Herr Kranzmann beantragt, den TOP 3.9 (Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Dornberg, Mitte und Brackwede zur Qualitätsentwicklung der Bielefelder Grundschullandschaft) von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da noch nicht alle Stellungnahmen der Bezirksvertretungen und Schulkonferenzen vorliegen. Frau Dr. Schulze schließt sich dem Antrag von Herrn Kranzmann an. Herr Kleinkes erklärt, dass seine Fraktion am heutigen Tag abstimmungsbereit sei und gegen die vorgeschlagene Schließung der Grundschulen votiert hätte. Aus seiner Sicht wäre es Aufgabe der Verwaltung gewesen, den TOP von der Tagesordnung abzusetzen, sofern noch nicht alle Entscheidungsgrundlagen vorliegen würden. Herr Rüter bringt seine Überraschung zum Ausdruck, am heutigen Tag keine neuen Informationen seitens der Verwaltung zu erhalten, nachdem er bereits in der Tageszeitung neue Einschätzungen der Verwaltung zu den vorzuschlagenden Maßnahmen habe lesen können. Herr Grün spricht sich dafür aus, nochmals gemeinsam intensiv nach einer kompromissfähigen Lösung zu suchen. Die Ausschussmitglieder erklären sich mit der Vertagung des Tagesordnungspunktes auf eine Sondersitzung am Dienstag, 26.10.2010, 16.30 Uhr, einverstanden.

Herr Müller ergänzt zum TOP, dass der Integrationsrat seine Beteiligung eingefordert hat. Zudem sei noch zu klären, ob der Jugendhilfeausschuss vor dem Hintergrund einer gesetzlich vorgesehenen Abstimmung der Schulentwicklungsplanung mit der Jugendhilfeplanung zu beteiligen sei oder ob die Mitwirkung der Jugendhilfeplanerin in der SEP-Arbeitsgruppe die gesetzliche Vorgabe erfülle.

Der Integrationsrat wird sich am 27.10.2010 mit dem Thema befassen, die nächste planmäßige Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet erst am 01.12.2010 statt, so dass hier ggf. eine Sondersitzung notwendig ist, um das Ziel eines Ratsbeschlusses am 04.11.2010 zu erreichen.

Zudem verständigen sich die Ausschussmitglieder auf Antrag von Frau Dr. Schulze darauf, die TOPs 2.7, 3.10 und 3.11 in erster Lesung zu behandeln und die Haushaltsplanberatungen ebenfalls in der Sondersitzung am Dienstag, 26.10.2010, 16.30 Uhr, zu behandeln.

### **Öffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 2**            **Öffentliche Sitzung Sport**

**Zu Punkt 2.1**        **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 31.08.2010 - Nr. 9 /2009-20014**

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses vom 31.08.2010 wird genehmigt.**

**- einstimmig beschlossen -**

**Zu Punkt 2.2**        **Mitteilungen**

Herr Dr. Witthaus berichtet, dass der Rat die Dringlichkeitsliste in seiner Sitzung am 23.09.2010 beschlossen hat. Die Vorlage wird an die Mitglieder verteilt. Die sich daraus ergebenden Änderungslisten sollen direkt in die Beratungen des Finanz- und Personalausschusses eingebracht werden.

**Zu Punkt 2.2.1 Sanierung der Sportanlage Schildesche**

Herr Bockermann verweist auf die bereits übersandte Mitteilung zum Sportplatz Schildesche.

**Zu Punkt 2.3 Anfragen**

Keine.

**Zu Punkt 2.4 Anträge**

Keine.

**Zu Punkt 2.5 NRW bewegt seine Kinder - Neues Programm des Landesportbundes NRW, Berichterstatter: Stadtsportbund Bielefeld**

Herr Zimmer verweist auf die demographische Entwicklung, die den Landesportbund zu dieser Initiative veranlasst hat. Zurzeit gibt es in NRW 20.000 Sportvereine. In Bielefeld sind dies 225 mit 85.000 Mitgliedern, von denen 25.000 Kinder und Jugendliche sind. Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Vereine und mögliche Reaktionen auf diese Änderungen sollen in dem heutigen Vortrag dargestellt werden.

Anschließend stellen Herr Schulze und Herr Lemhoefer vom Stadtsportbund anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zum Protokoll) die Auswirkungen des demographischen Wandels sowie mögliche Lösungsansätze und neue Wege für die Vereine vor.

Größte Probleme sind zum einen die rückläufigen Zahlen von Kindern und Jugendlichen in den Sportvereinen sowie die fehlende Zeitsouveränität der jungen Sportlerinnen und Sportler im Verein. Auf der anderen Seite führt die Ausweitung der OGS und der längeren täglichen Schulzeit an Gymnasien zu einem Verlust von Sportstättenkapazitäten beim organisierten Sport.

Um auf diese Veränderungen zu reagieren, ist es für die Sportvereine unerlässlich, den Weg einer verstärkten Kommunikation zu gehen und Kooperationen mit anderen Bildungsanbietern zu begründen. Diese Wege sind in Bielefeld teilweise bereits beschritten, bedürfen aber noch eines Ausbaus.

Herr Nockemann bedankt sich für die Ausführungen und die Vorstellung vieler neuer Ideen. Er erachtet es als notwendig, ein Konzept zum Umgang mit den Sporthallenkapazitäten zu erarbeiten. Außerdem bittet er mitzuteilen, ob es bereits Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Kindertagesstätten gibt.

Frau Brinkmann schließt sich dem Dank an und begrüßt es, dass nun

deutliche Zahlen bekannt sind. Sie sagt die Unterstützung für geplante neue Maßnahmen zu.

Frau Dr. Schulze weist darauf hin, dass durch die OGS die Möglichkeit besteht, auch die Kinder zu erreichen, die sonst keine Bewegungsangebote wahrnehmen. Sie begrüßt die Einbindung der Vereinsübungsleiter in den Betrieb der OGS und betont noch einmal die Notwendigkeit von Kooperationen. Auch die mögliche Einrichtung von Schulsportvereinen sollte nicht als Bedrohung, sondern als Chance gesehen werden, voneinander profitieren zu können. In vielen Ländern ist dies bereits Standard.

Frau Brinkmann weist auf die Gefahr hin, dass vor allem Einzelsportarten unter der Verschiebung der Trainingszeiten leiden, weil die Kinder und Jugendlichen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr über die nötige Frische für ein effektives Training verfügen.

Herr Kranzmann fragt an, ob es für die Probleme bei der Sportstättennutzung eine „Clearingstelle“ gibt und ob dieses Problem von Dauer ist oder nur durch die in den Nachmittag drängenden vier Oberstufenjahrgänge bedingt ist.

Herr Lemhoefer verweist bezüglich der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Trägern und Vereinen auf die bestehenden Leistungsverträge und bietet an, den Mitgliedern die dazu existierenden Berichte zur Verfügung zu stellen. Er betont, dass jeder Kooperation kein fertiges Konzept zu Grund liegt, sondern nach den Bedürfnissen und Anforderungen erst gemeinsam erarbeitet wird. Ergänzend nennt er als Beispiele für die Zusammenarbeit die bestehenden Sportpatenschaften und die vielen Angebote im Bereich der Aus- und Fortbildung.

Herr Schulze teilt mit, dass es keine „Clearingstelle“ gibt und die Vereine häufig vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Herr Zimmer betont an dieser Stelle noch einmal, dass keine Konfrontationspolitik, sondern nur eine Kooperation die notwendige Entwicklung voranbringen kann. Der bestehende Kooperationsvertrag muss mit mehr Leben gefüllt werden.

Herr Nockemann stellt noch einmal heraus, dass es dringend geboten ist, für die rechnerisch ausreichenden Kapazitäten ein Konzept für die Vergabe von Nutzungszeiten zu erarbeiten.

Frau Dr. Schulze betont noch einmal die Chance, im Rahmen der OGS Talente zu sichten und ihnen Förderung anzubieten.

Frau Schattmann bietet an, bei Kommunikationsproblemen zwischen Schule und Verein behilflich zu sein. Sie hält eine Vernetzung zwischen Schul- und Vereinssport für wichtig.

Herr Schulze weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass den Kindern und Jugendlichen die Zeitsouveränität fehlt. Er betont, dass man Sport nur im Verein richtig lernen kann. Er weist darauf hin, dass im Bereich Schule bezahlte Arbeit geleistet wird, während im Verein das Ehrenamt im Vordergrund steht.

Abschließend bedankt sich Herr Rüter noch einmal für die Ausführungen und die lebhaftige Diskussion, die die Brisanz dieser Thematik deutlich

macht.

#### Zu Punkt 2.6

#### **Sanierung und Wiederherstellung der kieselrotbelasteten Sportplätze Am Wiesenbach und Stadtheide**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1267/2009-2014/1

Frau Dr. Schulze betont, dass eine Einzelentscheidung zu der Errichtung einer Sportgelegenheit nicht getroffen werden sollte. Um eine Entscheidung treffen zu können, bedarf es eines Gesamtkonzeptes, zumal sich in unmittelbarer Nachbarschaft bereits eine Sportgelegenheit befindet. Außerdem sollen auch hier nicht nur die Herstellungs- sondern auch die Folgekosten ermittelt werden.

Herr Rüter schlägt vor, den Teil des letzten Satzes der Begründung in den Beschluss zu integrieren.

#### **Beschluss:**

**Nach Abschluss der Sanierung soll die Sportanlage Stadtheide als Wettkampfstätte wieder hergerichtet werden. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, unter Benennung von Herstellungs- und Folgekosten Vorschläge für die Wiederherrichtung des Sportplatzes Am Wiesenbach als Sportgelegenheit zu erarbeiten.**

**- einstimmig beschlossen -**

#### Zu Punkt 2.7

#### **Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2010/2011 für das Sportamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1462/2009-2014

Herr Rüter stellt heraus, dass es sich bei den Haushaltsberatungen um die erste Lesung handelt. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Beschlüsse werden in einer Sondersitzung Ende Oktober gefasst.

Frau Dr. Schulze betont unter Bezug auf die Beratungen im Hauptausschuss, dass die Ziele überarbeitet und der aktuellen Entwicklung angepasst werden müssen. Auch muss die Zielerreichung graduell messbar sein. Sie schlägt vor, im Januar oder Februar eine entsprechende Anpassung vorzunehmen. Außerdem weist sie auf die großen Schwankungen bei den Indikatoren hin und bittet, diese in der zweiten Lesung zu erläutern. Weitere Einzelfragen zum Haushalt wird sie der Verwaltung zukommen lassen, damit diese in der zweiten Lesung beantwortet werden können.

Frau Brinkmann fragt an, ob bei der HSK-Maßnahme 136, Aufgabe von

Sportstätten, lediglich über die Summe oder aber bereits über die konkrete Aufgabe von Sportstätten entschieden wird. Herr Bockermann bestätigt, dass der jetzige Beschluss nur die Konsolidierungssumme festlegt. Über die Aufgabe einzelner Sportstätten wird nach den Beratungen des Runden Tisches Fußball und der Arbeitsgruppe Sportentwicklungsplanung im Schul- und Sportausschuss entschieden.

1. Lesung

**Zu Punkt 2.8**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Kein Bericht.

**Zu Punkt 3**            **Öffentliche Sitzung Schule**

**Zu Punkt 3.1**        **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 31.08.2010 - Nr. 9 /2009-20014**

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über die öffentliche 9. Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses vom 31.08.2010 wird genehmigt.**

**- einstimmig -**

**Zu Punkt 3.2**        **Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.2.1**    **Veranstaltung "Wohin nach der Grundschule?" am 28.10.2010**

Den Ausschussmitgliedern liegt der Flyer zur Informationsveranstaltung „Wohin nach der Grundschule?“ vor, die am 28.10.2010 von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr im Großen Saal des Neuen Rathauses stattfinden wird.

**Zu Punkt 3.2.2**    **Schulversuch "Abitur an Gymnasien nach 12 oder 13 Jahren"**

Den Ausschussmitgliedern wird folgende Mitteilung in schriftlicher Form ausgehändigt:

„Mit eMail vom 21.09.2010 hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) alle Schulen, Schulträger und sonstige schulisch relevante Adressaten über den zum 01.08.2011 beginnenden, bis 2023/24 dauernden Schulversuch informiert. Da die Fülle der Informationen den möglichen Umfang eines Mitteilungstextes überschreitet, sind die Informationen des MSW dieser Mitteilung beigelegt.

Ausgehend von der vom Ministerium gesetzten Beteiligungsquote von ca. 10% der rd. 630 Gymnasien in NRW und einer Zahl von 11 Gymnasien in Bielefeld (= 1,75%) ist die Teilnahme eines Bielefelder Gymnasiums am Schulversuch denkbar. Entscheidungen von Lehrerkonferenz, Schulkon-

ferenz und Schulträger müssen bis Mitte Dezember 2010 getroffen werden. Eine Bewerbungsmöglichkeit ist nur **einmalig** vorgesehen.

Die Form der Teilnahme ist in zwei Varianten möglich:

- a) als reines G-9-Gymnasium mit erhöhter Wochenstundenzahl im Vergleich zum „alten“ G-9-Bildungsgang (188 statt 179 Wochenstunden). Diese Teilnahmeform ist für Gymnasien mit weniger als 4 Parallelklassen verbindlich vorgegeben.
- b) G-9-Bildungsgänge und G-8-Bildungsgänge parallel in einer Schule unter „einem Dach“, wobei mindestens 2 Parallelklassen nach den Vorgaben für G-8 und zwei Parallelklassen nach den neuen Vorgaben für G-9 geführt werden müssen.

Bisher sind dem Amt für Schule nur wenige erste Meinungen aus den städt. Gymnasien zu einer Beteiligung an dem Schulversuch bekannt. Diese Reaktionen sind sehr „zurückhaltend“.

Herr Müller erklärt, dass die Verwaltung den Ausschuss zum weiteren Verfahren auf dem Laufenden halten wird.

### **Zu Punkt 3.2.3 Schulversuch "Gemeinschaftsschule"**

Den Ausschussmitgliedern wird folgende Mitteilung in schriftlicher Form ausgehändigt:

„Mit eMail vom 21.09.2010 hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) alle Schulen, Schulträger und sonstige schulisch relevante Adressaten über den zum 01.08.2011 beginnenden Schulversuch informiert. Da die Fülle der Informationen den möglichen Umfang eines Mitteilungstextes überschreitet, sind die Informationen des MSW dieser Mitteilung beigelegt.“

Das gesamte Beratungs-, Abstimmungs-, Antrags- und Entscheidungsverfahren in Schulen und bei den Schulträgern muss nach dem vom MSW gesetzten Zeitplan bis zum 31.12.2010 stattfinden. Das MSW setzt eine förmliche Elternbeteiligung und eine Abstimmung mit Nachbarschulträgern (regionaler Konsens) voraus. Die Erreichbarkeit einer Hauptschule bzw. eines Hauptschulbildungsgangs in zumutbarer Entfernung muss gewährleistet bleiben. Ob es sich dabei um eine Hauptschule mit Halbtagsunterricht handeln muss oder auch auf eine Ganztagschule verwiesen werden darf, ist in den Eckpunkten nicht geregelt. Die Eckpunkte treffen auch keine Aussagen zu möglichen Fahrkostenerstattungsansprüchen gegenüber dem Schulträger, wenn von der Schule weiter entfernt wohnende Schülerinnen und Schüler eine solche „Gemeinschaftsschule“ gezielt besuchen oder Schülerinnen und Schüler aus dem Einzugsbereich der am Versuch teilnehmenden Schulen die neue „Gemeinschaftsschule“ meiden und einen traditionellen Bildungsgang besuchen möchten.

Das Amt für Schule wird die Bezirksregierung Detmold um ein Beratungsgespräch bitten.“

**Zu Punkt 3.2.4 Neubesetzung im Schul- und Sportausschuss**

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 23.09.2010 folgende Neubesetzungen einstimmig beschlossen:

	bisher	neu
Stellv. Mitglied für die FDP-Fraktion	Ratsmitglied Herr Florian Sander	Sachkundige Bürgerin Frau Angelika Wilmsmeier Droste-Hülshoff-Str. 2 d 33619 Bielefeld
Stellv. Mitglied für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Ratsmitglied Herr Matthias Bolte	Ratsmitglied Frau Ulrike Künnemann Jakobusstr. 3 33604 Bielefeld

**Zu Punkt 3.3 Anfragen**

**Zu Punkt 3.3.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.09.2010 zur Verzahnung von Kita und Grundschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1494/2009-2014

Die Anfrage ist durch die Informationsvorlage der Verwaltung, Drucksachen-Nr. 1484/2009-2014, zum Tagesordnungspunkt 3.5 (Sachstandsbericht über das Projekt KI>>GS (Kindertagesstätte>>Grundschule) beantwortet.

**Zu Punkt 3.4 Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

**Zu Punkt 3.5 Sachstandsbericht über das Projekt KI>>GS (Kindertagesstätte>>Grundschule)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1484/2009-2014

Herr Dr. Stölner, Referent des Oberbürgermeisters, berichtet ausführlich über das Projekt und macht nähere Ausführungen, insbesondere zu den Themen „Einbettung des Projektes, Historie des Projektes und aktueller Sachstand des Projektes“.

Herr Dr. Stölner betont, dass das Thema „Bildung“ neben den Themen

„Klimaschutz“ und „Wirtschaftsförderung“ eine zentrale Rolle beim Bielefeld Pakt spielt.

Das vorgestellte Projekt soll an drei bis fünf Pilotstandorten in Bielefeld zum Beginn des kommenden Kindergartenjahres am 01.08.2011 umgesetzt werden. Es hat insbesondere zum Ziel, den Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule möglichst so zu verzahnen, dass es Kinder bei der Bewältigung der damit verbundenen Veränderungen unterstützt, die Bildungschancen aller Kinder erhöht und somit einen wichtigen Beitrag für die weitere persönliche Entwicklung des Kindes leistet.

Am Ende des Modellprojektes soll ein Konzept stehen, das unabhängig von dem modellbezogenen Pilotcharakter flächendeckend umsetzbar ist. Zur Zeit werden Gespräche mit interessierten Grundschulen geführt, um die räumlichen Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen. Nach der Identifizierung der Grundschulen und der örtlich beteiligten Kindertagesstätten sind in den nächsten Schritten die Betriebserlaubnis des Landesjugendamtes und die Zustimmung der Schulaufsicht einzuholen. Parallel dazu ist geplant, mit den beteiligten Landesministerien und potenziellen Drittmittelgebern Gespräche über die Finanzierung des Projektes zu führen. Vorbereitend dazu wird ein ausführlicher Projektantrag in Kooperation mit der Universität Bielefeld erarbeitet.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Burkert, Frau Dr. Schulze, Herr Kranzmann, Frau Brinkmann und Frau Schattmann vom Schulamt für die Stadt Bielefeld.

Frau Burkert zeigt sich für die FDP-Fraktion erfreut über das vorgelegte Pilotprojekt. Studien aus der Vergangenheit und Gegenwart belegten bereits seit vielen Jahren, dass frühkindliche Erziehung und Bildung positive Effekte auf allen Ebenen der weiteren Entwicklung mit sich bringen. Schulen im englischsprachigen Raum trügen dieser wissenschaftlichen Erkenntnis schon seit Jahrzehnten Rechnung; Universitäten im englischsprachigen Raum seien in internationalen Rankings weit vorn. Die FDP habe bereits im Jahre 2006 in der Bezirksvertretung Dornberg einen Antrag auf eine Verzahnung von Kindertagesstätte und Grundschule in Schröttinghausen gestellt, dieser sei jedoch von den größeren Parteien abgelehnt worden. Umso erfreulicher sei es, dass das Thema jetzt aufgegriffen werde und geplant sei, flächendeckend im gesamten Stadtgebiet eine bessere Verzahnung zu installieren. Vor diesem Hintergrund bittet Frau Burkert die Verwaltung, das Thema „Verzahnung zwischen Kindertagesstätte und Grundschule“, insbesondere auch unter dem Aspekt der räumlichen Voraussetzungen und der Entwicklung der Kinder-/Schülerzahlen, in das weitere Verfahren zu den schulorganisatorischen Maßnahmen im Grundschulbereich mit einzubeziehen und entsprechend zu berücksichtigen. Zudem sei eine größere Transparenz und Abstimmung/Kooperation zwischen allen am Thema Bildung beteiligten Institutionen wünschenswert vor dem Hintergrund der Vielfalt der mit dem Thema Bildung befassten verschiedenen Bereiche.

Frau Dr. Schulze erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass aus ihrer Sicht eine gewisse Mindestgröße der Kindertagesstätte und Grundschule für eine Auswahl als Pilotstandort notwendig sei. Wichtig sei zudem, vor allem Standorte auszuwählen, an denen eine besonders hohe Quote an eher „bildungsfernen“ Kindern zu verzeichnen sei. Eine Verlagerung der Kindertagesstattengruppe des letzten Jahrgangs in die

Grundschule müsse aus ihrer Sicht bei einer räumlichen Nähe zwischen Kindertagesstätte und Grundschule nicht immer zur zwingenden Voraussetzung für eine Teilnahme am Pilotprojekt gemacht werden. Ziel und Ausgangspunkt weiterer Überlegungen müsse vielmehr sein, wo bzw. an welchem Ort die Bildungschancen der Kinder am besten gefördert werden können.

Herr Dr. Stölner erklärt, dass die von Frau Dr. Schulze angesprochenen Kriterien berücksichtigt werden. Eine räumliche Unterbringung der Kinder des letzten Kindergartenjahrgangs in der Grundschule wird zum einen aus pädagogischen Erwägungen heraus favorisiert, zum anderen um in den Kindertagesstätten Räume zur Unterbringung von U3-Kindern frei zu ziehen. Zur Auswahl der Schulen erläutert Herr Dr. Stölner, dass für eine aussagekräftige und zielführende Evaluation des Pilotprojektes Vergleichstandorte mit verschiedenen Strukturen und Voraussetzungen ausgewählt werden sollten.

Auf Nachfrage von Herrn Kranzmann erklärt Herr Dr. Stölner, dass die Auswahl der Pilotstandorte für das Projekt zu gegebener Zeit durch den Jugendhilfeausschuss und Schul- und Sportausschuss erfolgen wird.

Frau Schattmann vom Schulamt für die Stadt Bielefeld macht deutlich, dass es sich beim Pilotprojekt um ein gemeinsames Projekt zwischen Stadt Bielefeld (Kindertagesstätte/Erzieherin) und dem Land NRW (Schule/Lehrkraft) handelt. Das Projekt sei noch in der Konzeptionsphase, an kritischen Punkten müsse noch gearbeitet werden. So sei z.B. der zeitliche Aufwand für die Lehrkräfte noch offen; die Lehrerstellenanteile könnten nicht aus dem „normalen“ Lehrerkontingent zur Verfügung gestellt werden, vielmehr müssten vom Ministerium zusätzliche Lehrerstellenanteile genehmigt werden. Auch der konkrete inhaltliche Bereich sei noch detailliert zu erarbeiten. Dabei müsse beachtet werden, dass nicht der Unterricht der 1. Klasse der Grundschule im Projekt bereits vorweggenommen werde, sondern eher ein gezieltes projektartiges Lernen vermittelt werden sollte. Insgesamt sei eine sensible Verzahnung zwischen Kindertagesstätte und Grundschule notwendig. Ein weiterer kritischer Punkt könnte die Freiwilligkeit des Projektes sein. So könnten ggf. eher bildungsnah statt bildungsferne Erziehungsberechtigte sich für das Projekt begeistern und damit die eigentlich vorrangig ins Visier genommene Zielgruppe verfehlt werden. Diesbezüglich gelte es ggf. bei Bedarf weitergehende Überlegungen anzustellen.

Frau Brinkmann zeigt sich für die CDU-Fraktion erfreut über die vorgelegte Konzeption. Sie erklärt, dass ihre Anfrage zum Tagesordnungspunkt 3.3.1, Drucksachen-Nr. 1494/2009-2014, damit hinreichend beantwortet sei. Sie betont, dass das Raumprogramm für Grundschulen aufgrund der angestrebten flächendeckenden Verzahnung zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen überdacht bzw. überarbeitet werden müsse. Sie warnt ausdrücklich vor voreiligen Grundschulschließungen.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 3.6**

**Namensänderung der Abendrealschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1241/2009-2014

**Beschluss:**

**Das Weiterbildungskolleg der Stadt Bielefeld – Abendrealschule – erhält folgenden Namen:**

**Falkschule**

**Weiterbildungskolleg der Stadt Bielefeld – Abendrealschule –**

**Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat, wie vorstehend zu beschließen.**

**- einstimmig beschlossen -**

**Zu Punkt 3.7**

**Auswertung des Modellprojektes "Integration flexibler Erziehungshilfen in die Offene Ganztagschule im Primarbereich"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0947/2009-2014

Der Schul- und Sportausschuss fasst aufgrund der Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss und dem vom Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 08.09.2010 gefassten geänderten Beschlusses folgenden

**geänderten Beschluss:**

1. Das Modellprojekt „Integration flexibler Erziehungshilfen in die Offene Ganztagschule der Wellbachschule“ wird um zwei Jahre verlängert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit interessierten Trägern von Tagesgruppen an zwei oder drei Standorten Offener Ganztagschulen weitere Modelle einer frühzeitigen und präventiven Unterstützung von Kindern und ihren Familien zu entwickeln und zu erproben.
3. Die Erprobung erfolgt kostenneutral im Rahmen des erweiterten Modells innerhalb der Produktgruppe „Förderung von Familien“ (11.06.02).
4. Die Konzepte sollen mit einer erneuten Laufzeit von zwei Jahren erprobt und insbesondere hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Kinder und ihre Eltern ausgewertet werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 3.8 Zwischenbericht zum Projekt "Schulstation"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1404/2009-2014

Frau Bernd-Schmidt, Schulleiterin der Hamfeldschule, Frau Haffert, sozialpädagogische Fachkraft des Evangelischen Gemeindedienstes und Frau Berkemeier, Jugendamt, berichten ausführlich zum Projekt „Schulstation“. Sie gehen dabei insbesondere auf die Ausgangslage, die Wirkungen sowie den Ausblick und die Ziele für die Weiterführung des nächsten Projektjahres ein.

Einzelheiten können dem der Informationsvorlage beigefügten Zwischenbericht entnommen werden.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 3.9 Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Dornberg, Mitte und Brackwede zur Qualitätsentwicklung der Bielefelder Grundschullandschaft**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1286/2009-2014

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag der SPD-Fraktion von der heutigen Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 3.10 Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2010/2011 für den Stab Dezernat 2**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1307/2009-2014

Die Haushaltsplanberatungen erfolgen am heutigen Tag in erster Lesung.

Weitere Befassung mit dem TOP in einer Sondersitzung am 26.10.2010.

**Zu Punkt 3.11 Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2010/2011 für das Amt für Schule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1461/2009-2014

Die Haushaltsplanberatungen erfolgen am heutigen Tag in erster Lesung.

Weitere Befassung mit dem TOP in einer Sondersitzung am 26.10.2010.

**Zu Punkt 3.12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es erfolgt kein Bericht.

\_\_\_\_\_  
Rüther, Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Kranzmann, stellv. Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Feldmann, Schriftführerin Sport

\_\_\_\_\_  
Stein, Schriftführer Schule